



Bürokratische Hemmnisse beseitigen – Mittelstand fördern

Hartmut Schauerte MdB



Die Große Koalition hat sich den schnellen Abbau von bürokratischen Hemmnissen auf die Fahnen geschrieben. Davon soll insbesondere der unternehmerische Mittelstand – also die kleineren und mittleren Betriebe, das Handwerk, Selbständige und Freiberufler – als Rückgrat der deutschen Wirtschaft profitieren. Dieses Anliegen ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD festgelegt worden. Auf der Klausurtagung des Bundeskabinetts in Genshagen haben die Koalitionspartner dieses Ziel erneut bekräftigt. Die Frage des Bürokratieabbaus stand auch im Mittelpunkt der Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem

Weltwirtschaftsgipfel in Davos. Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigt schon die Zahl der Vorschriften: allein auf Bundesebene haben wir rund 2.100 Gesetze mit knapp 47.000 Einzelvorschriften und mehr als 3.100 Rechtsverordnungen mit fast 40.000 Einzelvorschriften. Trotz aller gut gemeinten Absichtserklärungen ist es in Deutschland bislang nicht gelungen, diese überbordende Flut an Gesetzen und Vorschriften, die hohe Kosten verursachen und vor allem dem Mittelstand das Leben schwer machen, ausreichend einzudämmen. Es ist nach vorläufigen Schätzungen davon auszugehen, dass kleinere und mittlere Unternehmen zur Bewältigung der bürokratischen Anforderungen vier bis sechs Prozent des Umsatzes aufbringen müssen.

Ein nachhaltiger Bürokratieabbau könnte dagegen auch nach Einschätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft und des DIHK die Wirtschaftsleistung in Deutschland in nicht unerheblichem Umfang erhöhen und damit neue Arbeitsplätze schaffen. Die Arbeitsgemeinschaft Bürokratieabbau der CDU/CSU-Fraktion hat – vom Parlamentskreis Mittelstand beantragt und personell besetzt – in der vergangenen Legislaturperiode wichtige Vorarbeiten geleistet, indem sie die Probleme klar benannt und Lösungswege für einen systematischen Bürokratieabbau aufgezeigt hat. Diese Grundgedanken sind in die Koalitionsvereinbarung mit eingeflossen und werden derzeit in konkrete Gesetzent-

würfe der Bundesregierung eingearbeitet. Das besondere Augenmerk liegt dabei auf der Entlastung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Mit dem sog. Mittelstandsentlastungsgesetz sollen gerade diese von besonders wachstumshemmender Überregulierung befreit werden. Zu den wichtigsten Punkten gehören dabei der Abbau von Statistik-, Nachweis-, Dokumentations- und Buchführungspflichten, die Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie der Abbau von Doppel- und Mehrfachprüfungen. Ein weiteres Element des Bürokratieabbaus ist die geplante Einführung des sog. Standard-Kosten-Modells nach niederländischem Vorbild zur Messung bürokratischer Belastungen von Unternehmen. Darüber hinaus wird ein unabhängiger Bürokratie-TÜV zur Vermeidung von

+++ Termine +++ Termine +++

10.03.2006

Herbert Reul MdEP:
„Energiepolitik in Europa“
eine Veranstaltung der MIT Kreis Mettmann, Aula Gymnasium Haan, 19.30 Uhr

13.03.2006

Wirtschaftsministerin Christa Thoben,
F.-J. Knieps MdL und Dr. W. Droste MdL:
„Mittelstandsforum der CDU-Landtagsfraktion“
Landtag, CDU-Fraktionssaal, 16.00 Uhr

16.03.–17.03.2006

Informationsstand der Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung
„business to dialogue b2d“-Messe
Rheinland
Sportforum Kaarst, 11.00-19.00 Uhr und
9.00-15.00 Uhr

Viele weitere Termine finden Sie auf unseren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

bürokratischen Hemmnissen bei neuen Gesetzen und zum Abbau von bürokratischen Hemmnissen bei bestehenden Regelungen eingerichtet.

Die neue Bundesregierung hat das Thema Bürokratieabbau so hoch eingestuft wie keine Regierung je zuvor. Die Verantwortung für den Bürokratieabbau liegt nun beim Bundeskanzleramt und dem Wirtschaftsministerium. Mit der Staatsministerin Hildegard Müller im Bundeskanzleramt und dem Parlamentarischen Staatssekretär Hartmut Schauerte im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie befassen sich zwei Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Nordrhein Westfalen an vorderster Stelle mit dem Bürokratieabbau. Um dem Mittelstand im globalisierten Wettbewerb den Rücken freizuhalten, müssen wir in unserem Land das Regelungs-dickicht zurückschneiden und ein freies Feld für eigenverantwortliches Handeln schaffen. Die überbordende Bürokratie stellt gleichermaßen auch ein europäisches Problem dar. Mit Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 wird die Bundesregierung in Sachen Bürokratieab-



Für Angela Merkel und Hartmut Schauerte steht Bürokratieabbau auf der Prioritätenliste ganz oben.

bau ebenfalls auf europäischer Ebene wichtige Akzente setzen und damit den Mittelstand unterstützen. Dafür hat die Bundesregierung bereits mit Finnland und Österreich – den vorangehenden Ratspräsidentschaften – Kontakt aufgenommen. Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und mehr Innovationen, die Deutschland voranbringen – dieses Ziel hat sich die Große Koalition gesetzt. Mit einem konsequenten Bürokratieabbau werden wir diesem Ziel einen entscheidenden Schritt näher kommen. Der Rückgang bürokratischer Hemmnisse wird dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit des unternehmerischen Mittelstands zu stärken, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue qualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.

Neues Gemeindefinanzierungsrecht: Wildwuchs beschneiden

Hendrik Wüst MdL

Neben dem ersten Haushalt mit sinkender Neuverschuldung seit langer Zeit, einem neuen Schulgesetz, einer transparenteren Gemeindefinanzierung, den Familienzentren und fast zwanzig Bürokratieabbaupaketen, wird die neue Landesregierung nun auch eine Änderung der Gemeindeordnung anpacken. In den kommenden Wochen wird ein erster Entwurf im Kabinett diskutiert. Neben vielen Regelungen, die direkte Bür-



Hendrik Wüst MdL ist Mitglied im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform des Landtags

gerbeteiligung stärken und den Status des direkt gewählten Bürgermeisters betreffen, soll auch das Gemeindefinanzierungsrecht geändert werden. Hier wird geregelt, in welchem Umfang sich Städte und Gemeinden wirtschaftlich betätigen dürfen.

Unser Ziel ist es, den Staat in allen Bereichen auf seine Kernaufgaben zu beschränken, damit er diese besser wahrnehmen kann. Deshalb sollen ausufernde Betätigungen öffentlicher Firmen der Vergangenheit angehören. Es ist nicht hinnehmbar, dass Handwerk und Mittelstand durch Unternehmen Konkurrenz gemacht wird, die die Stadt als Bürge und preiswerten Kreditgeber im Hintergrund haben, während der Kreditmarkt immer mehr zum Minenfeld wird. Und es ist auch nicht akzeptabel, dass die Gebührenzahler mit ihrer Stromrechnung in einigen Städten in NRW die Verluste von Flughäfen und abenteuerlichen Investitionen in weltweite Beteiligungen bezahlen. Konkret soll in den einschlägigen § 107 der Gemeindeordnung eine höhere Hürde für die zulässige wirtschaftliche Betätigung eingeführt werden. Heute lautet der § 107 Abs.1 Nr. 1 „Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert...“. In Zukunft soll das Wort „dringlicher“ in den zweiten Halbsatz eingefügt werden. Damit ist in Zukunft nicht nur ein öffentlicher Zweck erforderlich, sondern ein

„dringlicher“ öffentlicher Zweck. So weit, so gut. Nun hat es in den 90er Jahren genau die gegenläufige Änderung gegeben. Rot-Grün hatte den Gemeinden mehr wirtschaftliche Betätigung erlaubt, indem das Wort „dringlicher“ gestrichen wurde. Seither hat es verschiedenste Ausweitungen der wirtschaftlichen Betätigung gegeben. Aufgrund der schwierigen Kontrollierbarkeit solcher Tätigkeiten durch die Kommunalaufsicht

des Innenministeriums ergaben sich auch Betätigungen, die selbst über die neuen weiteren Grenzen weit hinaus gingen und somit rechtswidrig waren.

So wurde als Tochterfirma eines kommunalen Versorgers ein Reisebüro betrieben – unstrittig keine öffentliche Aufgabe. Solcher Wildwuchs soll nun beschnitten und in Zukunft verhindert werden. Um aber nicht mit einem „Rückdrehen“ der Rechtslage die seit Mitte der 90iger rechtmäßig stattfindenden wirtschaftlichen Betätigungen nachträglich rechtswidrig zu machen und damit schwerwiegende rechtliche Probleme auszulösen, wird der Gesetzentwurf sehr wahrscheinlich eine „Vertrauensschutz-Regelung“ enthalten, die besagt, dass bislang rechtmäßigen wirtschaftlichen Betätigungen fortgesetzt werden können. Dies trifft auch auf Kerngeschäfte der Stadtwerke zu. Die Belieferung mit Gas, Wasser Strom und Wärme oder der Betrieb von Schwimmbädern wird auch in Zukunft völlig unproblematisch durch öffentliche Töchter möglich sein. Die kommunalen Versorger in der bisherigen Struktur sind auch für den Mittelstand der bessere Partner als die Oligopolisten. Hier bleibt also alles wie gehabt. An anderen Stellen befreit diese Änderung Handwerk und Mittelstand von einem ungleichen Konkurrenten und nimmt Bürgerinnen und Bürgern die Pflicht, mit ihrer Stromrechnung die Abenteuer unternehmungslustiger Politiker abzusichern.



MIT Kreis Neuss

Natur steht vor dem Kommerz

Der Europaabgeordnete Karl-Heinz Florenz lud zur Bezirks-Europakonferenz in das Wasserwerk Büttgen-Driesch ein. Als eine seiner letzten Amtshandlungen begrüßte der scheidende Kreiswerke-Geschäftsführer Theo Thissen den Abgeordneten, Bürgermeister Moormann und ihre Gäste. Nach einer Führung durch die Anlage referierte der Ingenieur Dr. Jörg Kaulitzky über das Thema „Umwelt und Wasser“, in dem er seinen Zuhörern die Funktion des Wasserwerks erläuterte. Als Co-Gastgeber der Konferenz fungierte die MIT. „Wir möchten uns näher an Eu-

ropa anbinden, Kontakte aufbauen, um den Unternehmern bessere Chancen zu eröffnen“, erklärte MIT-Chef Heijo Drießen. Auch Florenz genießt den intensiven Kontakt zum Mittelstand: „Ich übernehme gerne Informationen von Ihnen, die ich mit ins Parlament nehmen kann.“ Dass oftmals zu viele Themen auf europäischer Ebene diskutiert und geregelt werden, beklagte er. „Manchmal sollte man auch die Kirche im Dorf lassen. Wie der Niederrheiner seine Hecke zu schneiden hat, soll doch bitte der Niederrheiner selber entscheiden können.“



Von links: Klaus Steiner, Geschäftsführer Kreiswerke, Heijo Drießen, Theo Thissen Geschäftsführer Kreiswerke, Frank Bachmann, Europabeauftragter des Kreises, K.-H. Florenz MdEP, BM Franz-Josef Moormann, Ingolf Graul, Dezernent des Rhein-Kreises-Neuss

Daten/ Fakten

Boombranche Schwarzarbeit

Der Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt ist enorm. Trotz erster positiver Signale, z.B. dem Rückgang um 24 Mrd. Euro seit 2003 mit der Wiedereinführung der Minijobs und der zukünftigen Absetzbarkeit von Haushalts- und Kinderbetreuungskosten, macht diese immer noch 15,4% des Bruttoinlandsproduktes aus, so errechnete das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung IAW.

Schattenwirtschaft in % des BIP 2005

Italien	24,4
Deutschland	15,4
Frankreich	13,8
Großbritannien	12,0
Niederlande	12,0
Österreich	10,3
USA	8,2

Quelle: IAW

MIT Bezirk Aachen

Optimistische Töne bei den Sparkassen

Als glänzender Repräsentant seines Institutes erwies sich Dr. Jochen Bräutigam, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Aachen, im Quellenhof. Auf Einladung der CDU-Mittelstandsvereinigung stellte er die Bedeutung der Sparkassen als regional verankerte und wirkende Kreditinstitute dar. Zuvor hatte der Bezirksvorsitzende der Vereinigung, Rolf Delhougne aus Düren, seine Zuhörer auf einen optimistischen Grundton eingestimmt: „Das Jahr 2006 hat – psychologisch gesehen – so begonnen, dass wir von einem Wachstum ausgehen.“ Zugleich richtete der Gastgeber eine Bitte an den Gast des Abends: „Machen Sie das Geschäft mit uns – der Mittelstand ist der, der für die Arbeitsplätze sorgt.“ Bräutigam, dessen Bank mit einer Bilanzsumme von insgesamt 17,9 Milliarden Euro stabil dasteht. „Die Sparkasse begleitet acht von zehn Existenzgründungen in der Region“, führte der Vorstandsvorsitzende weiter an. Pionierfunktionen gebe es überdies beim Er-

schließen neuer Baugebiete und – dies war Bräutigam besonders wichtig – die Sparkassen haben auch eine Verantwortung bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung über die

eigenen Rendite hinaus: „Es liegt uns am Herzen, dass die Innenstädte nicht vor die Hunde gehen – da tut sich in der Zukunft ein riesiger Markt auf.“



MIT Bezirk Niederrhein

Peter Müller bei der MIT: „Wir müssen die Menschen für mehr Freiheit gewinnen!“

Passend zur aktuellen Diskussion um die Ausrichtung des neuen Grundsatzprogramms der CDU hatten die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung und die Junge Union – bereits im Vorfeld des bundespolitischen Startschusses beim kleinen Parteitag in Berlin – das Thema „Freiheit“ für eine gemeinsame Großveranstaltung im Moerser Autohaus Minrath gewählt. Vor fast 400 Zuhörern sprach der Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller MdL, und outete sich als glühender Anhänger von weniger Staat und mehr Freiheit für die Bürger und besonders die Unternehmer. „Freiheit ist nicht nur Freiheit von, sondern auch Freiheit zu“, so Müller und sprach damit den vielen anwesenden Unternehmern aus der Seele. Er schilderte eindrucksvoll die Erfolge des CDU-regierten Saarlandes beim Bürokratieabbau und die positiven Effekte für die Wirtschaft. Und obwohl er selbst nicht mit den guten Daten hausieren ging, wenige Tage später wurde es durch die neuen Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt bestätigt: Das Saarland ist mit 2,7% realem Wachstum klar auf Platz 1. Ein Beweis mehr für Müllers Feststellung „Arbeitsplätze entstehen, wenn sie entstehen, nur im Mittelstand“, denn Müller macht im Saarland eine gezielte Mittelstandspolitik. Kerstin Stäck von der



Ministerpräsident Peter Müller (Mitte) umrahmt von Kerstin Stäck (Rechts) und Michael Darda (Links) sowie den Gastgebern des Autohauses Minrath: Mirko Jereb-Fleck (ganz links) und Marketingleiter Detlef Leppkes (ganz rechts).

JU und Michael Darda von der MIT jedenfalls freuten sich, einen Mitstreiter für mehr Freiheit gefunden zu haben. Ein Anliegen, dass der Jungen Union und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung am

Herzen liegt und bei dem die beiden Vereinigungen auch in der Debatte des Grundsatzprogramms eng beieinander stehen werden und sicherlich mit der Unterstützung Peter Müllers rechnen können.

Personen/ Vorstände

Birgit Gordes führt MIT Köln!

Neue Vorsitzende der MIT in Köln ist die 44jährige Unternehmerin und Obermeisterin der Kölner Maßschneider-Innung, Birgit Gordes. Zu Stellvertretern wurden gewählt: Dirk Michel, Dr. Martin Schoser und Artur Tybussek. Schatzmeisterin wurde Ute Schneider-Ludorff. Beisitzer im Vorstand sind Reinhard Billstein, Sascha Felden, Klaus Fenske, Gottfried Guttmann, Tobias Hoffmann, Christoph A. Kahl, Dr. Sandra Krossmann, Peter Krücken, Horst Merscheid, Peter Mühlens, Ludwig Scheiff, Dr. Kurt Schrömgens, Hans-August Stausberg, Michael von der Wettern und Raymond Witte.



MIT Kreis Bonn und MIT Rhein-Sieg-Kreis

MIT-Preis für vorbildliche Unternehmen und Schulen

Das Engagement für die Jugend und für deren Ausbildung steht jedes Jahr im Vordergrund des Preises „Der Jugend deine Zukunft“, den die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung in den Kreisverbänden Bonn und Rhein-Sieg jedes Jahr vergeben. Prominente Laudatorin in diesem Jahr war die Wirtschaftsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Christa Thoben. Zum neunten Mal wurde dieser Preis inzwischen an eine Reihe von Firmen und Schulen in verschiedenen Kategorien vergeben. Und erneut bedankte sich die MIT – namentlich der Vorsitzende im Rhein-Sieg-Kreis und Bezirksvorsitzende, Hans-Günter Burgwinkel, und die Mitinitiatorin der Aktion, Edith Bosau-Epperlein aus Bonn, für besonderes Engagement der Wirtschaft in der Region. Ausgezeichnet wurden insgesamt 11 Betriebe: In der Kategorie Handwerk das Autohaus Seiler aus Siegburg, in der Kategorie Industrie

die Lohmarer Kumpel-Kunststoff GmbH, das REWE-Center Holler und Dornseifer aus Much für den Handel, für die freien Berufe die Hennefer Niederlassung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft VRT Linzbach, Löcherbach und Partner sowie im Bereich Dienstleistungen die Bornheimer Senioren-Wohnstift Beethoven Betriebs GmbH. Außerdem vergab die MIT den Preis für das Segment Gastronomie an die Troisdorfer Firma Gutzeit-Catering. Aus Bonn wurden prämiert: Die Bäckerei Lubig (Handwerk), der Getränke-Service Vedel (Handel), das Notariat Broß und Rabl (Freie Berufe), die Kommunikations-GmbH Federstein (Dienstleistungen) und das Parkrestaurant Rheinaue (Gastronomie). An zwei Schulen ging in diesem Jahr ebenfalls eine Auszeichnung: An die Alexander-von-Humboldt Realschule in Siegburg und an die Hauptschule St. Hedwig in Bonn für ihr Engagement in Sachen Berufsvorbereitung.



Personen/ Vorstände

Neuer Vorstand in Warburg!

Michael Graf ist weiterhin Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU in Warburg. Unterstützt wird er im Vorstand durch seinen Stellvertreter Rainer Kobusch, dem Schriftführer Andreas Sander, dem stellv. Schriftführer Andreas Paal und als Pressesprecherin Birgit Kuchenreiter. In den weiteren Vorstand wurden als Beisitzer gewählt: Nicole Metten, Rita Riepe, Anne Schmidt-Laudage, Friedrich Berost, Frank Dierkes, Michael Kohlschein, Heinz Metten und Willi Stratemeier. Nach den Vorstandswahlen sollte aber bei der Mitgliederversammlung der MIT Warburg auch noch Informatives auf der Tagesordnung stehen. Die Mittelständler hörten von Ulrich Krätzig, Fachanwalt für Arbeitsrecht, ein Referat zum Thema „Arbeitsrecht aktuell – neues aus Rechtsprechung und Praxis“.

MIT Kreis Höxter

„Drastischer Liquiditätsentzug!“

„Die vorgezogene Fälligkeit der Sozialversicherungsabgaben steht in eklatantem Widerspruch zu den Wachstums- und Beschäftigungsbemühungen der neuen Bundesregierung“, so Klaus-Dieter Lessmann, MIT-Kreisvorsitzender im westfälischen Höxter. Die durch die alte Bundesregierung auf den Weg gebrachte Neuregelung führt in MIT-Verbänden landauf und landab zu enormem Widerspruch und muss nach Ansicht der Mittelständler sofort rückgängig gemacht werden. Vorschlag aus Reihen der MIT: Die Beiträge sollen wieder wie bisher am 15. des nachfolgenden Monats bezahlt werden.

Am drittletzten Bankentag eines Monats soll nur die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge auf Basis des Vormonats an die Krankenkassen zu entrichten sein. Durch die Politik der rot-grünen Bundesregierung ist zwar das Kind schon in den Brunnen gefallen: Die komplette Aufhebung des Gesetzes würde zu Liquiditätsengpässen der Rentenversicherung führen.

Der MIT-Vorschlag wäre aber eine praktikable Lösung, wenn auch der komplette Vor-



gang nur mehr Bürokratie, Verwirrung und Belastung bei den Unternehmen geschäftet hat. Lessmann: „Anstatt Bürokratieballast und die Abgabenlast für Bürger und Wirtschaft stetig auszubauen, sollte die Politik endlich auf Entbürokratisierung und Entlastung setzen.“

MIT Mülheim

Suche: Nachfolger – Biete: Unternehmen

Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die die Mittelstandsvereinigung der CDU Mülheim unter Vorsitz von Hans-Martin Schlebusch und den MIT-Mitorganisatoren, Dr. Ilselore Paschmann und Frank Lenz, im Haus der Unternehmer, durchführte, war das Problem

der Nachfolge. Ca. 70.000 Unternehmen mit etwa 678.000 Beschäftigten standen im Jahre 2005 zum Verkauf bereit. Herr Dr. Friedrich Schreiber, von der Industrie- und Handelskammer Essen machte deutlich, wie wichtig eine Unternehmensbörse für alle Be-

teiligten ist. Im Augenblick umfasse die Börse NEXXT 6.800 Angebote bei 3301 Gesuchen. In 2005 habe es 1.800 erfolgreiche Vermittlungen gegeben. Herr Kersting von der HWK Düsseldorf machte deutlich: Keine Betriebsübernahme scheitert an der Finanzierung, sondern am fehlenden Übernahmekonzept, das auf der Basis von drei Jahren gebildet werden müsse. Wichtig sei, eine sorgfältige Unternehmensprüfung vorzunehmen, um daraus einen objektivierte Unternehmenswert abzuleiten. Beide Referenten, wie auch Frau Miriam Schulze von der NRW.Bank machten deutlich, dass wie bei einer „Eheanbahnung“ das erste Gespräch zwischen dem abgebenden und dem interessierten Unternehmer von erheblicher Bedeutung sei. Es sei geradezu vertrauensbildend. Frau Schulze legte im Übrigen dar, welche Unterstützung der Staat bzw. die Geschäftsbanken (Hausbank) bei einer solchen Übernahme leisten würden.

Von links: Dr. Schreiber, Hans-Martin Schlebusch, Dr. Ilselore Paschmann, Miriam Schulze, Hubert Kersting und Frank Lenz



MIT Lohmar**Gemeinsamer Neujahrsempfang von MIT und CDU**

Von links: Rüdiger Ramme und Horst Krybus

Zum ersten Mal luden MIT und CDU Lohmar zum gemeinsamen Neujahrsempfang. Mit rund 150 Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und Vereinen war der Sitzungssaal des Rathauses sehr gut gefüllt und die beiden Vorsitzenden, Heinz-Rüdiger Ramme (MIT) und Horst Krybus (CDU) hatten bei der Begrüßung viele Hände zu schütteln. In der Begrüßungsansprache wurde mit vorsichtigem Optimismus in das neue Jahr geschaut und die zarte Pflanze eines wirtschaftlichen Aufschwunges erspät. Die Gastrednerin des Empfanges, die CDU-Bundestagsabgeordnete Elisabeth Winkelmeier-Becker betonte die Bedeutung des Mittelstandes für den wirtschaftlichen Aufschwung, bedauerte aber, dass sich in der Koalition wohl nicht alle Pläne und Ziele der CDU in vollem Umfang durchsetzen ließen.

Weichenstellungen für den Aufschwung

In einer 24seitigen Sonderausgabe der PKM Informationen hat der Parlamentskreis Mittelstand im Bundestag eine sehr gute und informative Zusammenstellung mittelstandspolitischer Zielsetzungen der neuen CDU-geführten Bundesregierung veröffentlicht. Unter dem Titel „Weichenstellungen für den Aufschwung: Der Mittelstand im Fokus der großen Koalition“ erhalten Sie einen kompletten Überblick über die wichtigsten politischen Initiativen. Der Landesgeschäftsstelle der MIT liegt die Ausgabe der PKM Informationen als pdf-Datei vor. Gerne lassen wir Ihnen diese auf Anforderung zukommen. Einfach per Mail anfordern unter info@mit-nrw.de oder wenden Sie sich telefonisch an Herr Stefan Simmnacher 0211 – 1 36 00 45.

MIT Kaarst**Trendforschung am Herd**

„Ich habe ein Problem. Meine Nudeln sind toll, aber trotzdem verkaufen sie sich nicht“, so salopp erklärt es sich, wenn ein südeuropäisches Lebensmittelunternehmen an Karin Tischer herantritt. Aber hinter ihrer Firma „food & more“ steckt vielmehr. Sie leistet nicht nur Erste Hilfe, wenn andere beim Denkprozess ins Stocken geraten sind, sondern kreiert auch selber Speisen und garniert alles mit entsprechenden Marketingkonzepten, begonnen bei der Namensfindung bis zur Präsentation in Kochsendungen. Vor zehn Jahren gründete die gelernte Köchin und Oecotrophologin ihr Unternehmen „food & more“. Ohne Startkapital, nur mit einem Schreibtisch und wahrscheinlich einer gut ausgestatteten Küche. Inzwischen beschäftigt sie acht feste sowie rund 20 freie Mitarbeiter, mit denen sie jetzt gemeinsam die Auszeichnung „Unternehmerin des Jahres 2006“ feiern konnte, die sie von der Mittelstandsvereinigung Kaarst überreicht bekam. „Sie haben die Windrichtung erkannt“, lobte MIT-Vorsitzender Heijo Drießen. In dem unscheinbaren Einfamilienhaus in Kaarst-Holzbüttgen hat sich das erste unabhängige „Food-Innovation-Center“ Europas angesiedelt. Die Erfolgsbilanz von Karin Tischer zeigt glatte 100 Prozent auf. „Die Flop-Quote bei neu eingeführten Produkten liegt bei über 80 Prozent. Wir

hatten in zehn Jahren noch keinen einzigen“, sagt die 39-Jährige. So liest sich auch ihre Referenzliste, neben dem Nudelgiganten reicht diese über Fastfood-Ketten und Alpenschokolade bis zum Mineralwasser aus der Eifel. Unternehmerisch blickt die Kaarsterin über alle Grenzen hinaus, sowohl nach Amerika als auch nach Asien. „Das internationale food-business kommt nach Kaarst“, schreibt sie in ihrem Unternehmensprofil. Aber auch in der Heimat engagiert sie sich. Seit vielen Jahren unterstützt sie gemeinsam mit ihrem Bruder Dieter Tischer den Skaterhockey-Verein Crash Eagles Kaarst. Für die Zukunft wünscht sich die Unternehmerin des Jahres mehr Zeit für die Trendforschung in anderen Ländern, denn auch ausländische Rezepte für den deutschen Geschmack zu optimieren gehört zu ihren Aufgaben. Ihre Chancen dafür ordnet sie selber als gut ein, denn der Druck auf die Unternehmen wächst. Und viele Mitbewerber gibt es auf dem Sektor derzeit nicht, europaweit nur einen Konkurrenten. Ausgezeichnet wurde die Unternehmerin von der MIT, ein Loblied auf Ihr unternehmerisches Vorbild sangen aber auch weitere prominente politische Gäste aus der Region, u.a. der Kaarster Bürgermeister Moormann und dem Landtagsabgeordnete Lutz Lienenkämper.



Auszeichnung für „ausgezeichnetes Essen und eine schmackhafte Unternehmensphilosophie“ (von links): Bürgermeister Moormann, Heiko Reiss von der Wirtschaftsförderung Rhein-Kreis-Neuss, Karin Tischer und MI-Vorsitzender Heijo Drießen.



Franz-Josef Knieps MdL: Der Beauftragte für Mittelstand und Hand- werk stellt sich vor

Er ist als Mitglied des Landtages ein Neuling, aber politisch und fachlich ein alter Hase: Der Kölner Landtagsabgeordnete Franz-Josef Knieps zog 2005 erstmals in



den Landtag ein, nachdem er zuvor 15 Jahre Ratsherr in seiner Heimatstadt Köln war. In der Fraktion wurde der amtierende Präsident der Handwerkskammer Köln und Präsident des Westdeutschen Handwerkskammertages sogleich zum Beauftragten für Mittelstand und Handwerk der CDU ernannt. Knieps, gelernter Bäcker- und Konditormeister, widmet sich intensiv den anstehenden Themen, die Wirtschaft, Handwerk und Mittelstand betreffen. Allem voran geht sein Interesse, Bürokratie in NRW abzubauen. Um den Informationsfluss zu erhöhen führt Franz-Josef Knieps fortan das Mittelstandsforum der CDU-Fraktion durch. Die erste Runde, die am 13. März zusammentritt (siehe Terminankündigung), hat er unter das Motto „Bürokratieabbau! Neue Wirtschaftspolitik für NRW“ gestellt. Unterstützt wird das Forum durch Wirtschaftsministerin Christa Thoben, die zur Wirtschaftspolitik der neuen CDU-Regierung referiert und zur Diskussion bereit steht. Teilnehmen wird ebenso der Wirtschaftspolitische Sprecher Dr. Wilhelm Droste MdL. Der MIT NRW stehen 50 Eintrittskarten zur Verfügung, die an die ersten Interessierten abgegeben werden.

Mittelstand ist im Landtag gefragt!

Erstes Mittelstandsforum
der CDU-Landtagsfraktion

Montag 13. März, 16 bis 18 Uhr,
Fraktionssaal der CDU im Landtag NRW

Referentin: Wirtschaftsministerin *Christa Thoben*

Auskunft und Anmeldung übernimmt gerne für Sie die MIT NRW
info@mit-nrw.de oder Tel.: 0211 – 136 00 43

Begrüßung und Einführung: *Franz-Josef Knieps MdL*
Beauftragter für Mittelstand und Handwerk der CDU-Fraktion

Grußwort: *Dr. Wilhelm Droste MdL*
Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Vortrag: *Christa Thoben*
Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW
(mit anschließender offener Diskussion)
„Die neue Wirtschaftspolitik in NRW“

Schlusswort: *Franz-Josef Knieps MdL*

Einladung

MIT Kreis Warendorf

Deutscher Mittelstand ist global tätig!

MIT-Vorsitzender Henning Siebert konnte Dr. Reinhold Festge, Geschäftsführer der Maschinenfabrik Haver&Boecker in Oelde,



Dr. Festge, Geschäftsführer der Maschinenfabrik Haver & Boecker und des Verbandes der Maschinen- und Anlagenbauer in NRW

als Gastredner der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Warendorf begrüßen. Ein gutes Zeichen, dass bei der MIT nicht immer nur Politiker sondern auch Unternehmer und Führungspersonal des Mittelstandes über Chancen und Risiken in Deutschland sprechen. Festge, der in seiner Rede die „Chancen und Risiken der Globalisierung“ betrachtete, war dabei grundsätzlich optimistisch. Die aktuelle Lage des Maschinenbaus im Münsterland nannte er „gut bis befriedigend“. Den Export sieht er als tragende Säule des Wachstums und zu Freude der über 60 Gäste sieht er auch eine gesteigerte Investitionsneigung bei den Unternehmen. Seine Kritik an der Politik der vergangenen Jahre war aber ebenso klar: „Sie hat es versäumt, das Gemeinwesen auf die Herausforderungen offener Märkte vorzubereiten.“, so Festge. Seine Schlussfolgerung: „Wir müssen unterstützen was wir haben“ und das bedeutet seiner Meinung nach Familienbetriebe zu schützen, die Steuerbelastung begrenzen, Umsatzförderung zu betreiben und vor allem Ideen zu entwickeln und zu fördern.

„Jetzt streikt's!“



Nach den gewonnenen Wahlen wussten wir, dass es nicht einfach ist, eine ehrliche Politik zu machen. Zumutungen auf alle Schultern

verteilt, werden notwendig. Und nun ist es soweit: Baden-Württemberg vor der Landtagswahl hat es besonders getroffen, aber auch in unserem Land wird gestreikt. Gegen 18 Minuten Mehrarbeit am Tag, eine Größenordnung die für die Beamten im öffentlichen Dienst schon lange gilt und in vielen Branchen der privaten Wirtschaft auch nichts Neues ist. Überdies eine alte MIT Forderung.

Dieser Arbeitskampf ist von Gestern. Die Gewerkschaften glauben, sich gegen die unausweichlich notwendigen Verän-

derungen stemmen zu können. Der Sparzwang in den öffentlichen Haushalten lässt sich aber nicht wegstreiken. Deutschland braucht einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Ein erstklassiges Angebot an öffentlichen Gütern gehört zu einem der wichtigsten Standortfaktoren der Wirtschaft.

Diese öffentlichen Güter müssen aber bezahlbar bleiben. Der Staat muss, wie bei der privaten Leistungserbringung, seine Leistung so effizient wie möglich erbringen. Insofern wird es natürlich durch Mehrarbeit – abgesehen von Fällen einer Ausweitung des Angebotes – zu einem Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich und somit aber auch zu einer Abgabenreduzierung für die (meist Zwangs-)Kunden kommen. Und das ist auch gut so, denn der Staat ist keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und die Abgabenreduzierung schafft Beschäfti-

gungschancen an anderer Stelle. Der Streik passt hervorragend zu der derzeit in der Landespolitik laufenden Diskussion über die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen. Wir sollten den Ball als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung aufnehmen. Wo die öffentliche Hand keine eigenen Betriebe mehr hat, kann sie auch nicht direkt bestreikt und erpresst werden. Private Träger arbeiten dann oft zuverlässiger. Das Beispiel Münster zeigt es, wo der Streik am öffentlichen Uniklinikum von den in der Stadt ausnahmslos privaten, kirchlichen Krankenhäusern aufgefangen wird. Starten wir deswegen als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung jetzt viele Privatisierungsinitiativen: Gegen Gestern und für Morgen!

Klaus Gravemann,
Landesgeschäftsführer

MIT Kreis Höxter

Hildegard Müller und Marie-Luise Dött besuchen Mittelstand

„Grünkohl und Politik“ lautete das Motto des Abends, zu dem die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung im Kreis Höxter zwei starke Frauen der MIT begrüßen konnte. Hildegard Müller, Staatsministerin im Kanzleramt, und die Bundestagsabgeordnete Marie-Luise Dött diskutierten lange mit den Mittelständlern. Beide waren sich mit den anderen MITlern einig, dass die Große Koalition „keine Liebesheirat und kein Wunschkonzert“ war.

Beide betonten die wichtigen Impulse, die der von der CDU im Koalitionsvertrag durchgesetzte Bürokratieabbau und die Zuständigkeit von Unions-Politikern für dieses wichtige Feld bedeute. Marie-Luise Dött: „Das ist doch unser Thema“. Nun müsse man aus der Großen Koalition das Beste machen, so das Ergebnis der Debatte. Hildegard Müller: „Aber in einer solchen Koalition geht es eben nur mit Kompromissen.“

Personen/ Vorstände

Dieter Breymann neuer Vorsitzender in Mönchengladbach

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Mönchengladbach hat einen neuen Vorsitzenden. Der bisherige Amtsinhaber, Burkhard Ungricht, der im November in Bielefeld zum Mitglied des Landesvorstandes der MIT NRW gewählt wurde, trat nicht mehr an. Er steht aber weiterhin in der ersten Reihe der MIT Mönchengladbach und bekleidet das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden. Weitere Stellvertretender Vorsitzender wurde Hans Werner Schoutz, Zum Schriftführer wählten die Mitglieder Frank Eibenberger, zum Schatzmeister Wolfgang Oertel, Beisitzer im Vorstand wurden: Joachim Buecker, Michael Dejosez, Klaus-Jürgen Esser, Wolfgang Feinendegen, Dr. Stephan Harbich, Lutz Menge, Joachim Roeske, Gerda Römgens, Erwin Rüttgers und Stefan Wimmers.

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11–1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11–1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag: Mittelstands-Verlags-gesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2–6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 0 22 41/91 33 33

Gesamtherstellung: SZ Offsetdruck-Verlag Herbert W. Schallowetz GmbH & Co. KG, 53757 Sankt Augustin